



BBU-Pressemitteilung
19.01.2015

Bundesverband
Bürgerinitiativen
Umweltschutz e.V.
Prinz-Albert-Str. 55
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 214032
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de
www.bbu-online.de
www.facebook.com/bbu72

Warnung vor „Tricksereien“ nach Brunsbüttel-Urteil

(Bonn, Berlin, Kiel, 19.01.2015) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat die Bundesregierung sowie die Landesregierung in Kiel vor "Tricksereien" nach dem Aus für das Atommüll-Zwischenlager beim Atomkraftwerk Brunsbüttel gewarnt. Udo Buchholz vom Vorstand des BBU vermutet, dass Industrie und Politik "mit den Hufen scharren, um Wege zum Weiterbetrieb des Atommüll-Lagers zu finden". Nach dem Brunsbüttel-Urteil hat der BBU seine Forderung nach der sofortigen Stilllegung aller Atomkraftwerke und Uranfabriken bekräftigt. Der Verband ruft zur Unterstützung der Forderung zur Durchführung und Teilnahme an weiteren Protestaktionen rund um den vierten Fukushima-Jahrestag auf.

Am Freitag (16. Januar) hat das Bundesverwaltungsgericht die Betriebsgenehmigung für das Atommüll-Zwischenlager in Brunsbüttel dauerhaft aufgehoben. Der BBU gratuliert dem Widerstand vor Ort zu diesem Urteil. Der Verband fordert, dass das Urteil auch Konsequenzen für alle anderen Atommüll-Zwischenlager im ganzen Bundesgebiet haben muss. Nach Angaben des BBU bestätigt das Bundesverwaltungsgericht mit seinem Urteil die Auffassung der Anti-Atomkraft-Bewegung, dass es keine sichere Atommüll-Zwischenlagerung gibt. Das betrifft dann laut BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz nicht nur das Lager in Brunsbüttel, sondern auch alle anderen sogenannten Atommüll-Zwischenlager. "Die Atommüll-Zwischenlagerung ist weder in Gorleben, Lingen oder anderswo sicher. Und auch das kurz vor der Inbetriebnahme befindliche Uranmüll-Hallenlager an der Urananreicherungsanlage in Gronau ist nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert. Das Lager darf nicht in Betrieb gehen", fordert Buchholz, der selber in der Nähe der Gronauer Uranfabrik wohnt.

Der BBU betont, dass die Politik der sogenannten Atommüllentsorgung der Bundesregierung und der zuständigen Landesregierungen wacklicher als ein Kartenhaus ist. Jeder "Entsorgungsversuch" bricht zusammen, faktisch gibt es keine Atommüllentsorgung und es darf kein weiterer Atommüll produziert werden. Alle noch im

Spendenkonto
Sparkasse Köln/Bonn
BLZ 370 501 98
Konto 19 002 666
IBAN DE62 3705 0198 0019 002666
BIC COLSDE33

Geschäftskonto
Sparkasse Köln/Bonn
BLZ 370 501 98
Konto 19 001 965
IBAN DE74 3705 0198 0019 001965
BIC COLSDE33

Vereinsregister
Bonn VR 5404
Steuernummer
205/5760/0256
Spenden und Mitgliedsbeiträge
sind steuerlich abzugsfähig.

Anerkannt nach § 3 UmwRG

AKTIV FÜR UNSERE UMWELT.

Betrieb befindlichen Atomkraftwerke, aber auch alle anderen Atomanlagen, die ständig Atommüll produzieren, müssen sofort stillgelegt werden. Zuständig für die Aufhebung der Betriebsgenehmigungen sind die jeweiligen Landesregierungen. Gerade mit Blick auf die Landesregierung in Schleswig-Holstein kritisiert der BBU, dass der zuständige Umweltminister Habeck zunächst eine Duldung der weiteren Atommüll-Lagerung bis 2018 im Atommüll-Zwischenlager Brunsbüttel ausgesprochen hat. "Zwingend erforderlich wäre die sofortige Beendigung der Atommüllproduktion im AKW Brokdorf. Minister Habeck muss die Betriebsgenehmigung für das norddeutsche Atomkraftwerk aufheben", so Udo Buchholz. Entsprechend sind in allen Bundesländern, in denen Atomanlagen laufen, die Betriebsgenehmigungen aufzuheben.

Die Anti-Atomkraft-Bewegung wird sich auch weiterhin auf der Straße für einen sofortigen und vollständigen Atomausstieg einsetzen. Bereits jetzt werden Mahnwachen und Demonstrationen anlässlich des vierten Jahrestages der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima vorbereitet. So findet z. B. traditionell am Jahrestag der Katastrophe (11. März) am Atomstandort Lingen (Niedersachsen) eine Mahnwache statt. Bereits am 8. März wird am Atomkraftwerk Neckarwestheim (Baden-Württemberg) demonstriert und am 14. März findet in Düsseldorf eine Demonstration gegen die Atomanlagen in Nordrhein-Westfalen statt. Zur Koordination können weitere lokale und regionale Aktionen der BBU-Geschäftsstelle in Bonn mitgeteilt werden (0228-214032, bbu-bonn@t-online.de)

Weitere Informationen zum Brunsbüttel-Urteil unter <http://wendland-net.de/post/urteil-zwischenlager-in-brunsbuettel-hat-keine-betriebsgenehmigung-20235>, zu weiteren Protestaktionen z. B. unter <http://www.bbu-online.de>, <http://www.endlich-abschalten.de/home>, <http://www.antiatom-fuku.de>.

Engagement unterstützen

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, BLZ 37050198, Kontonummer: 19002666 (IBAN: DE62370501980019002666, SWIFT-BIC: COLSDE33).

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter www.bbu-online.de; telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet www.facebook.com/BBU72. Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO₂-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen.